

Integra will gegen das Land klagen

Behindertenhilfe vor Einschnitten?

VON ANDREAS RICHTER

WEISSENFELS/MZ. Die gemeinnützige Integra Weißenfelser Land GmbH will gegen die von der Landesregierung erlassene Übergangsverordnung zur Behindertenhilfe klagen. Das hat Integra-Geschäftsführer Ralf Müller auf MZ-Anfrage bestätigt. Der Hintergrund: Das Land hatte den Rahmenvertrag zwischen der Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Sachsen-Anhalt und dem Land einseitig zum Jahresende 2024 gekündigt. Ein neuer Vertrag ist bislang nicht zustande gekommen. Deshalb soll nun zunächst zum Jahreswechsel eine vom Kabinett erlassene Rechtsverordnung in Kraft treten.

Die Einrichtungen der Behindertenhilfe befürchten nun drastische Einschnitte bei der Finanzierung. Das hatte Ralf Müller Anfang Dezember auch bei der traditionellen Lichterkette vor dem Weißenfelser Rathaus anlässlich des Tages der Menschen mit Behinderungen deutlich gemacht (die MZ berichtete). „Wir tappen völlig im Dunkeln, haben überhaupt keine Planungssicherheit“, sagte jetzt der Integra-Chef gegenüber der MZ. Das betreffe unter anderem auch die Kosten für die Bezahlung der Beschäftig-

„Wir tappen völlig im Dunkeln.“

Ralf Müller
Integra-Geschäftsführer

ten. Der bisherige Tarifvertrag im öffentlichen Dienst laufe aus. Unklar sei, wie die Verhandlungen um einen neuen Tarifvertrag ausgehen. „Wir kalkulieren schon mit einer Tarifsteigerung“, so Müller. Doch man fühle sich vom Land erpresst. Denn zu einer Erstattung der Kosten für die zu erwartenden höheren Tarife sei das Land offenbar nur bereit, wenn auf der Basis der erlassenen Rechtsverordnung eine neue Leistungsvereinbarung abgeschlossen wird.

Das Land will mit der Neuausrichtung der Behindertenhilfe unter anderem erreichen, dass mehr Menschen mit Behinderungen auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt statt in Behindertenwerkstätten arbeiten.

Integra-Chef Müller versicherte, dass die Leistungen der Behindertenhilfe trotz der aktuellen Unsicherheiten zunächst in vollem Umfang beibehalten werden.